

■ Gastarbeiter: Aufholen bei der Bildung	2
■ Löhne: Tarif lohnt sich immer	3
■ Arbeitszeit: Die Grenzen zerfließen	4
■ Arbeitsmarkt: Alleinerziehende – Häufiger im Beruf, aber nicht seltener arm	6
■ Gender: Jobvermittlung ist nicht alles	7
■ TrendTableau	8

VERTEILUNG

Armut: Trauriger Trend

In Deutschland steigt das Armutsrisiko.

Besonders Ältere und Arbeitslose sind zunehmend gefährdet.

Das zeigen neue Daten des Mikrozensus, die der WSI-Forscher Eric Seils ausgewertet hat.* Demnach ist der Anteil derjenigen, die weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben, seit 1996 um mehr als zwei Prozentpunkte gestiegen – auf den Rekordstand von 15,5 Prozent im Jahr 2013. Allein gegenüber dem Vorjahr beträgt der Zuwachs einen halben Prozentpunkt. Das sind gut 400.00 Personen.

Die Kinderarmut stagniert mit zuletzt 19,2 Prozent seit Mitte der 1990er-Jahre auf überdurchschnittlichem Niveau. Einen deutlichen Zuwachs hat es dagegen bei den „working poor“ gegeben, die trotz Erwerbstätigkeit unter die Armutsschwelle fallen. Deren Zahl hat zwischen 1996 und 2013 von 2,2 auf über 3 Millionen zugenommen. Der Anteil der arbeitenden Armen an den Erwerbstätigen stieg in diesem Zeitraum von 6,2 auf 7,8 Prozent.

Darüber hinaus ist die Armutsquote vor allem der Arbeitslosen drastisch angewachsen. Waren 1996 noch 39,5 Prozent aller Arbeitslosen arm, so sind es nach den aktuellen Zahlen der Sozialberichterstattung 58,7 Prozent. Der Sozialwissenschaftler führt dies auf zwei Gründe zurück, dass immer

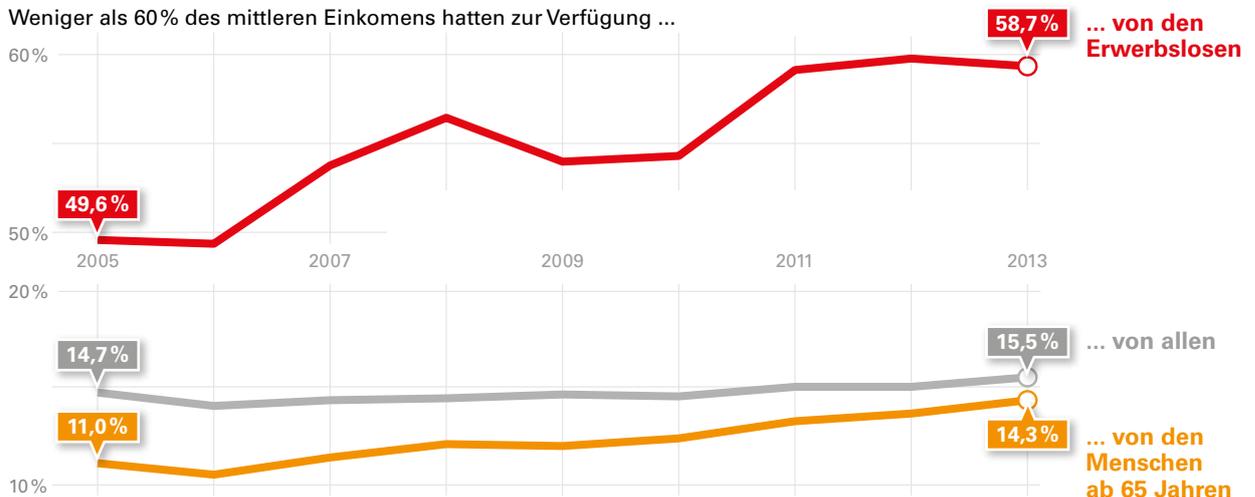
weniger Erwerbslose Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Zum anderen sei aber auch die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeldes gesunken – unter anderem wegen der schwachen Lohnentwicklung und der zunehmenden Verbreitung von Teilzeit.

Entscheidend für die langfristige Entwicklung der Armut in Deutschland ist laut Seils vor allem die Situation der Senioren, da Menschen im Rentenalter in Zukunft einen zunehmenden Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Bei den Älteren ist das Armutsrisiko zwischen 2006 und 2013 um 3,9 Prozentpunkte auf 14,3 Prozent gestiegen. Denn jüngere Jahrgänge hätten einen größeren Teil ihrer Erwerbsbiografie unter ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen verbracht. „Um zu verhindern, dass wachsende Teile der Bevölkerung in Armut versinken, muss daher dringend das Rentenniveau stabilisiert werden“, fordert der WSI-Sozialexperte. Die geplante Absenkung von zuletzt 48,9 auf 43 Prozent des Durchschnittsverdienstes bis zum Jahr 2030 sei nicht tragbar. ◀

* Eric Seils forscht im WSI zu sozialer Sicherheit im internationalen Vergleich und zu Armut.
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Immer mehr haben wenig

Weniger als 60% des mittleren Einkommens hatten zur Verfügung ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Aufholen bei der Bildung

Die Integration von Migranten macht Fortschritte: Die Nachkommen der italienischen Gastarbeiter holen bei der Schulbildung auf.

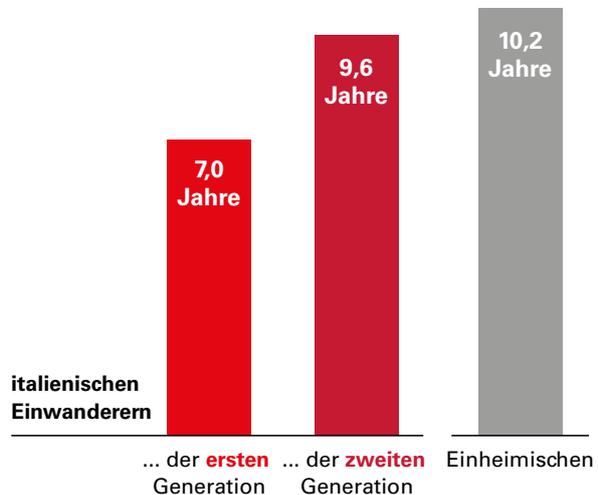
Wenn es in der öffentlichen Diskussion um die Integration von Ausländern geht, ist oft von Missständen die Rede – von Parallelgesellschaften, in denen Schulabbrecher mit mangelhaften Deutschkenntnissen und ohne Aussichten auf einen vernünftigen Job ihr Dasein fristen. Repräsentativ sind solche Zustände nicht: Was den schulischen Erfolg angeht, nähern sich Migranten in Deutschland zunehmend den Einheimischen an. Das zeigen Timm Bönke und Guido Neidhöfer von der Freien Universität Berlin am Beispiel der Italiener in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie.*

In der Regel, so die Ökonomen, würden Querschnittsdaten herangezogen, um den Stand der Integration zu beurteilen – was zu ernüchternden Ergebnissen führe. Entsprechenden Studien zufolge sind insbesondere Gastarbeiter und ihre Nachfahren deutlich schlechter qualifiziert als der Rest der Bevölkerung. Zu den Gruppen mit den größten Problemen gehören demnach die Italiener. Bönke und Neidhöfer halten solche statistischen Momentaufnahmen allerdings für nur begrenzt aussagekräftig. Für ein fundiertes Urteil wäre es nach ihrer Einschätzung nötig, die langfristige Entwicklung zu betrachten.

Zu diesem Zweck haben die Forscher Daten des Sozioökonomischen Panels zur Schulbildung von italienischen Immigranten ausgewertet. Zusätzlich hatten sie über die italienische Botschaft Zugang zum amtlichen Verzeichnis aller Italiener mit Wohnsitz in Deutschland. Betrachtet man lediglich die aktuelle Situation, ergibt sich das bekannte Bild: Menschen mit italienischen Wurzeln hinken bei den Schulabschlüssen im Vergleich zu denen ohne Migrationshintergrund hinterher. Im Zeitablauf ist allerdings ein Aufholprozess erkennbar: Die zweite Generation der Einwanderer schneidet schulisch besser ab als ihre Eltern, die Kluft zu den Einheimischen wird kleiner. Dazu passt ein zweiter Befund der Untersuchung: Die Mobilität zwischen den Generationen ist bei den Italienern größer als bei den Deutschen. Der Einfluss der Bildung der Eltern auf den Schulerfolg sei zwar generell

Die Kluft wird kleiner

Der Schulbesuch* dauert im Schnitt bei ...



* reguläre Schulzeit bis zum Abschluss
Quelle: Bönke, Neidhöfer 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

groß, bei den Gastarbeitern allerdings weniger ausgeprägt als bei Einheimischen, schreiben Bönke und Neidhöfer. Wenn man den Einfluss der Eltern herausrechnet, hätten Migranten der zweiten Generation die gleichen Chancen wie Deutsche, mindestens einen Realschulabschluss zu erreichen.

Das im Schnitt geringere Bildungsniveau von Italienern, so die Schlussfolgerung, sei kein Anzeichen für eine verfehlte Integration, sondern Ausdruck eines noch nicht abgeschlossenen ökonomischen Assimilationsprozesses. Dass bislang noch keine vollständige Konvergenz stattgefunden hat, sei auf das vergleichsweise geringe Ausgangsniveau bei den Gastarbeitern zurückzuführen. Nach den Berechnungen der Wissenschaftler dürften bereits die Enkel der ersten Einwanderergeneration mit den Deutschen gleichziehen. ◀

* Quelle: Timm Bönke, Guido Neidhöfer: Parental background matters: Intergenerational mobility and assimilation of Italian immigrants in Germany, FU Berlin, School of Business & Economics, Discussion Paper 2014/21
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

Ein Fünftel Migranten

Laut Statistischem Bundesamt lebten 2013 rund 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 20,5 Prozent. Von diesen Menschen haben 9,7 Millionen einen deutschen Pass. Etwa ein Drittel ist hierzulande geboren, zwei Drittel

sind zugewandert. Fast 70 Prozent der Zuwanderer stammen aus einem europäischen Land, 36,6 Prozent aus einem der EU-Mitgliedsstaaten. Aus Asien kommen 17,8, aus Afrika 3,2 Prozent. Die wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei mit 12,8, Polen mit 11,4 und Russland mit 9 Prozent. Die Gastarbeiterländer Italien

und Griechenland liegen mit 4 und 2,1 Prozent auf den Plätzen sechs und sieben. Nach wie vor gibt es deutliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern: Von den Personen mit Migrationshintergrund leben 16 Millionen oder 96,6 Prozent im Westen. Der Bevölkerungsanteil reicht von 4,1 Prozent in Thüringen bis

28,9 Prozent in Hamburg. Gegenüber 2012 stieg die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn bundesweit um 3,8 Prozent an. Dabei nahm die Zahl der Zuwanderer um 3,6 Prozent, die der in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund um 4,2 Prozent zu.

Statistisches Bundesamt, Nov. 2014

Tarif lohnt sich immer

Tarifbeschäftigte verdienen im Schnitt besser als andere Arbeitnehmer, zeigt eine Untersuchung des WSI. Und das liegt nicht nur daran, dass sie besonders häufig in Großbetrieben oder bestimmten Branchen arbeiten.

Wer nach einem Tarifvertrag bezahlt wird, bekommt im Schnitt mindestens ein Fünftel mehr als Beschäftigte ohne Tarifvertrag. Dies lässt sich aus der jüngsten Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes von 2010 ablesen. Allerdings ist fraglich, inwieweit der gemessene Unterschied tatsächlich die Folge kollektiver Lohnvereinbarungen ist. Der Zusammenhang könnte schließlich auch umgekehrt sein: Wo es mehr zu verteilen gibt, besonders in wirtschaftlich starken Großbetrieben, würden nach dieser Lesart eben auch häufiger Tarifverträge geschlossen. WSI-Forscher Marc Amlinger hat sich die verfügbaren Daten näher angeschaut.* Sein Fazit: „Werden die Verdienste und Arbeitsbedingungen kollektiv auf Branchen- oder Firmenebene ausgehandelt, ergeben sich daraus auch unter sonst gleichen Arbeitsplatzmerkmalen signifikant höhere Bruttostundenlöhne.“

In seiner statistischen Analyse hat der Wissenschaftler eine lange Reihe von Faktoren berücksichtigt, die – neben der Tarifbindung – einen Einfluss auf die Lohnhöhe haben könnten. Das sind zum einen Merkmale der Betriebe: Branche oder Zugehörigkeit zu einem bestimmten Handwerk, Standort, Größe, Geschlechterverteilung und Qualifikation der Beschäftigten, Einfluss der öffentlichen Hand, Einzel- oder Filialbetrieb.

Erwartungsgemäß zeigt sich, dass etwa Beschäftigte in der Metall- und Elektrobranche besser verdienen als viele Dienstleister, dass die Löhne im Westen höher als im Osten sind oder dass besonders Großbetriebe gute Gehälter zahlen. Dennoch bleibt die Tarifbindung eine der wesentlichen

Einflussgrößen: Mit Branchentarif liegt der durchschnittliche Stundenverdienst 11,1 Prozent höher als in Betrieben ohne Kollektivvereinbarung – wenn die Betriebsmerkmale bereits herausgerechnet sind. Bei Haustarifen beträgt das Plus 15,7 Prozent.

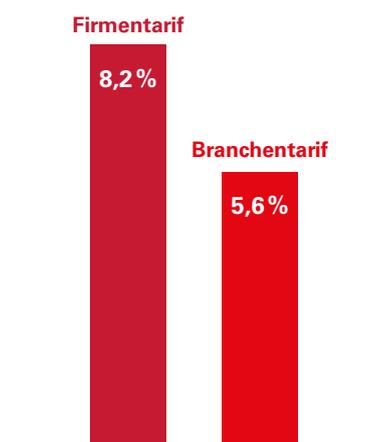
Außer den betriebspezifischen Kennzahlen könnten natürlich auch persönliche Eigenschaften der Beschäftigten die Bezahlung beeinflussen. Deshalb hat Amlinger im nächsten Schritt berechnet, wie stark wichtige Arbeitnehmermerkmale auf die Vergütung wirken: Dauer der Betriebszugehörigkeit, Mann oder Frau, Ausbildung, Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, befristete oder reguläre Anstellung, Einstufung als Angelernter, Fach- oder Führungskraft.

Auch hier finden sich die erwartbaren Muster: Männer verdienen besser als Frauen, Ältere und langjährige Betriebsangehörige bekommen mehr als Berufsanfänger, mit zunehmender Qualifizierung und höherer Eingruppierung nimmt der Stundenlohn zu, Teilzeitarbeiter stehen schlechter da als Vollzeitbeschäftigte.

Aber selbst wenn diese individuellen Einflussgrößen zusätzlich zu den betrieblichen Faktoren rechnerisch neutralisiert werden, bleibt ein klarer Zusammenhang zwischen Tarifbindung und Lohnniveau bestehen, so der WSI-Forscher. Für die Branchentarife ergibt sich gegenüber tariflosen Betrieben ein Plus von 5,6 Prozent. Im Falle des Haustarifs liegt der Lohnvorteil bei 8,2 Prozent. Dies unterstreiche „die nach wie vor vorhandene Durchsetzungskraft kollektiver Interessenvertretung der Arbeitnehmer bei Lohnfindungsprozessen“, so Amlinger. Eine Stärkung von „Reichweite und Prägekraft des deutschen Tarifsystems“ würde einen entscheidenden Beitrag zu einer solidarischen und den Euroraum stabilisierenden Lohnpolitik leisten. ◀

Mehr mit Tarifvertrag

Wenn Betriebs- und Personeneffekte herausgerechnet sind, verdienen Beschäftigte mit ...



... mehr als Arbeitnehmer ohne Tarifvertrag.

Privatwirtschaftliche Betriebe ab 10 Beschäftigten
Quelle: Amlinger 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Kollektivverträge vorn

So viel verdienen Beschäftigte in Deutschland pro Stunde ...

ohne Tarifvertrag

15,84 €

mit Branchentarifvertrag

19,01 €

mit Firmentarifvertrag

19,81 €

insgesamt

17,39 €

Privatwirtschaftliche Betriebe ab 10 Beschäftigten
Quelle: Amlinger 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

* Quelle: Marc Amlinger: Lohnhöhe und Tarifbindung, WSI-Report 20, Dezember 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Die Grenzen zerfließen

Die Arbeitszeiten sind kürzer, heterogener und flexibler geworden – nicht immer zum Wohle der Beschäftigten. Damit deren Interessen nicht unter die Räder geraten, ist gesetzliche und tarifliche Gestaltung nötig.

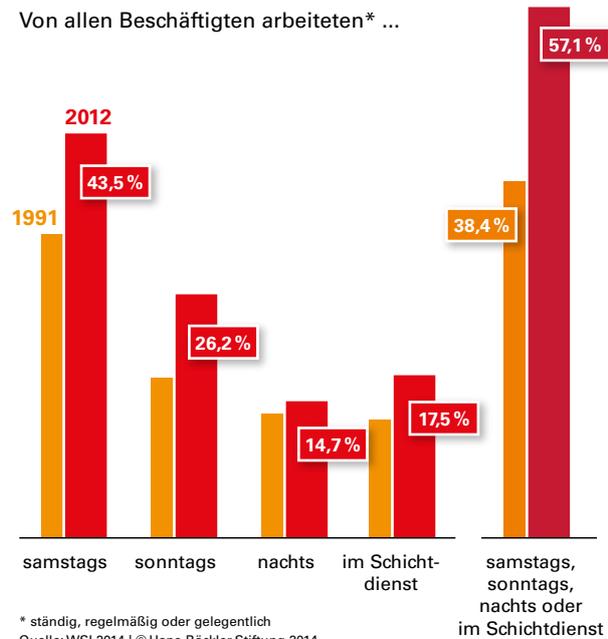
Um 9 zur Arbeit, um 12 Mittag, um 17 Uhr Feierabend – so sieht nach gängigen Vorstellungen ein typischer Arbeitstag aus. Doch das Standard- droht zum Auslaufmodell zu werden: Immer mehr Beschäftigte, vor allem Frauen, arbeiten laut einer Untersuchung des WSI in Teilzeit, im Schichtdienst oder auf Abruf. Nadine Absenger, Elke Ahlers, Reinhard Bispinck, Alfred Kleinknecht, Christina Klenner, Yvonne Lott, Toralf Pusch und Hartmut Seifert haben sich auf Basis eigener Forschungen und Datenanalysen sowie einer Auswertung der Forschungsliteratur mit Tendenzen der Entwicklung von Arbeitszeiten in Deutschland beschäftigt. Ihrer Analyse zufolge haben kürzere Arbeitszeiten in der Vergangenheit dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu sichern. Die gleichzeitige Flexibilisierung wirke durchaus ambivalent: Einerseits hat sie etwa in der Wirtschaftskrise über Arbeitszeitkonten den Erhalt von Beschäftigung ermöglicht, andererseits hat sie teilweise zu prekärer Beschäftigung, mehr Leistungsdruck und zur Aufhebung der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben geführt. Eine moderne Arbeitszeitpolitik, so die Autoren, sollte geschlechtergerechte und selbstbestimmte Arbeitszeiten fördern und Regelungen durchsetzen, die von Anforderungen des Arbeitgebers nicht einfach unterlaufen werden können.

Widersprüchliche Trends: Betrachte man, wie sich die Dauer der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit entwickelt hat, dann zeige sich „ein fragmentiertes und in mehrfacher Weise polarisiertes Muster“, schreiben die WSI-Forscher. Dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit zwischen 1992 und 2012 von 38,1 auf 35,5 Stunden gesunken ist, habe vor allem mit der fast verdoppelten Teilzeitquote zu tun, die mittlerweile 27 Prozent beträgt. In erster Linie seien Frauen von dieser Entwicklung betroffen.

Vollzeitbeschäftigte arbeiten mit 41,9 Stunden pro Woche annähernd genauso lange wie vor zwanzig Jahren. Dabei unterliegt die Lage der Arbeitszeiten einem erkennbaren Wandel: „Die einschichtige Normalarbeitszeit an den Tagen Montag bis Freitag erodiert, die Arbeitszeit dringt immer häufiger in das Wochenende hinein“, stellen die Wissenschaftler

Unfreies Wochenende

Von allen Beschäftigten arbeiteten* ...



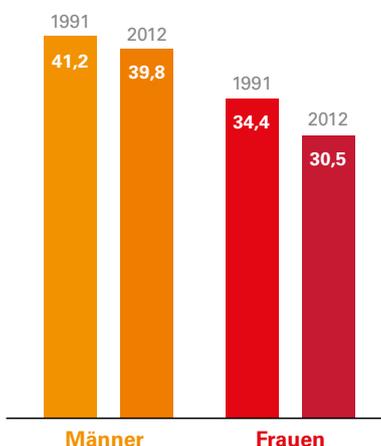
fest. Über die Hälfte aller Beschäftigten arbeite zumindest hin und wieder nachts, im Schichtsystem oder am Wochenende.

Ausbaufähige Tarifverträge: Die tarifliche Jahresarbeitszeit – ausgehandelte Wochenarbeitszeit und Urlaubsansprüche – ging der WSI-Studie zufolge seit Mitte der 1980er-Jahre erkennbar zurück und stagniert seit Ende der 1990er-Jahre bei knapp 1.660 Stunden. Parallel zur tariflichen Arbeitszeitverkürzung fand eine schrittweise Flexibilisierung statt. Mittlerweile gebe es „über alle Wirtschaftszweige hinweg ein kaum noch zu steigendes Maß an flexiblen Anpassungsmöglichkeiten an betriebliche Produktions- und Arbeitserfordernisse“, so die Autoren. Etliche Tarifverträge böten den Arbeitgebern Spielraum für Abweichungen von den vereinbarten Arbeitszeiten im Rahmen eines Korridors, befristete Kurzarbeit, saisonal unterschiedliche Arbeitszeit, Arbeit am Wochenende oder im Schichtdienst. Dagegen sei es bisher nur begrenzt gelungen, auch die Arbeitszeitinteressen der Beschäftigten tariflich stärker zu verankern. Zwar gebe es durchaus fortschrittliche Ansätze, etwa für verbesserte Teilzeitregelungen oder Freistellungsansprüche in besonderen sozialen Situationen. Allerdings fänden sich solche Regelungen nur in wenigen Branchen. Zudem seien die Arbeitnehmerrechte oft durch Ausnahmebestimmungen und die Berücksichtigung betrieblicher Belange eng begrenzt.

Stabile Beschäftigung dank kürzerer Arbeitszeit: Trotz der Abnahme der durchschnittlichen Arbeitszeitdauer lag laut der WSI-Studie das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen 2012 in etwa auf dem Niveau von 1995. Der Grund: Die

Der Abstand wächst

So viele Stunden pro Woche arbeiteten ...



Quelle: WSI 2014
© Hans-Böckler-Stiftung 2014

Zahl der Erwerbstätigen ist in diesem Zeitraum von 37,7 auf 41,6 Millionen gestiegen. Die Beschäftigungsexpansion sei also wesentlich auf Arbeitsumverteilung zurückzuführen, folgern die Experten. Insbesondere wenn man berücksichtige, dass das Arbeitsangebot durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und durch Einwanderung deutlich größer geworden ist, bleibe die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit die einzige Erklärung für den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Kritisch werten die Wissenschaftler, dass dieser Erfolg auch durch eine Fortschreibung der Geschlechterungleichheit bei den Arbeitszeiten erkaufte wurde. Wie entscheidend Arbeitszeitpolitik sein könne, habe ansonsten auch die Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt: Größere Beschäftigungseinbrüche seien durch Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit verhindert worden – ein positiver Aspekt kontrollierter Flexibilisierung.

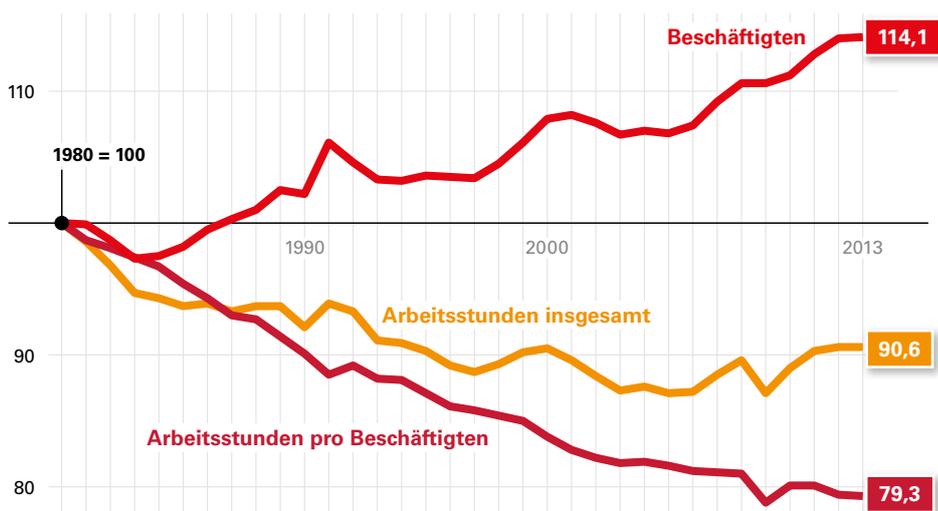
Stress durch Leistungs- politik: Auf betrieblicher Ebene beobachten die WSI-Experten zunehmenden Leistungsdruck. Laut dem DGB-Index Gute Arbeit haben mittlerweile 60 Prozent der Beschäftigten den Eindruck, dass sie immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit schaffen müssen. Fast ein Viertel ist außerhalb der normalen Arbeitszeit telefonisch oder per E-Mail erreichbar. Infolgedessen kommt es bei 37 Prozent dieser Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit. Verschärft werde diese Entwicklung durch den Trend zu ergebnisorientierten Formen der Leistungssteuerung wie Umsatzvorgaben, kennzifferorientierten Zielvereinbarungen oder Projektarbeit. Nach Ansicht der Forscher führen solche Arrangements zu einer „Intensivierung und Extensivierung der Arbeitszeit“. So berichten 37 Prozent der Teilnehmer der WSI-Betriebsrätebefragung, dass ihre Kollegen zum Teil länger als zehn Stunden am Tag arbeiten müssen. Wenn Zielvorgaben zum Einsatz kommen, sind es 47 Prozent. Dass Arbeitnehmer Regelungen zum Schutz ihrer Gesundheit unterlaufen, passiert in 34 Prozent der Betriebe ohne und in 41 Prozent der Betriebe mit Zielvereinbarungen. In einem Viertel dieser Betriebe kommt es vor, dass Beschäftigte krank zur Arbeit kommen, bei den übrigen sind es 22 Prozent.

Arbeit auf Abruf: Zu den besonders problematischen Auswüchsen der zunehmenden Flexibilisierung gehört der Analyse des WSI zufolge die sogenannte Arbeit auf Abruf. Sie liegt vor, wenn Beschäftigte ihre Arbeitsleistung entsprechend dem betrieblichen Bedarf zu erbringen haben. Mittlerweile nutzen 8 Prozent der Betriebe in Deutschland Arbeit auf Abruf, von allen abhängig Beschäftigten sind 5,4 Prozent betroffen. Die Forscher kritisieren, dass entsprechende Vereinbarungen zwar maximale Flexibilität für den Arbeitgeber böten, allerdings höchst prekär für die Beschäftigten seien. Das wirt-

schaftliche Risiko werde komplett auf sie verlagert. Weil sie nicht wüssten, wann und ob sie arbeiten müssen, könnten sie weder ihre Freizeit sinnvoll planen noch einem zusätzlichen Job nachgehen – obwohl die Arbeit auf Abruf in der Regel kein existenzsicherndes Einkommen einbringt. Solange keine gesetzliche Änderung in Sicht ist, empfehlen die Autoren Betriebsräten und Gewerkschaften, sich so weit wie möglich für eine Begrenzung dieser Beschäftigungsform einzusetzen.

Kürzere Arbeitszeit, mehr Arbeitsplätze

So entwickelte sich die Zahl der ...



Quelle: WSI 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Geschlechterungleichheit wächst: Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der weiblichen Beschäftigten ging nach den Berechnungen des WSI zwischen 1992 und 2012 von 34 auf 30,5 Stunden zurück, die der männlichen von 41,8 auf 39,8. Dabei spielt Teilzeitarbeit die entscheidende Rolle. Infolgedessen vergrößerte sich die Arbeitszeitkluft zwischen Frauen und Männern von 7,8 auf 9 Stunden. Diese Differenz sei eine der größten in Europa, so die WSI-Forscher. Problematisch sei das vor allem deshalb, weil Arbeitszeiten zusammen mit dem Lohnniveau darüber bestimmen, ob Beschäftigte von ihrer Erwerbstätigkeit leben können und ob sie bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter ausreichend abgesichert sind. Die Wissenschaftler empfehlen mehr Anreize für eine gerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, beispielsweise die Förderung einer subventionierten „Familienarbeitszeit“. Darüber hinaus gelte es, die Zeitsouveränität der Beschäftigten zu erweitern, etwa durch ein Recht für Teilzeitbeschäftigte auf Rückkehr zur Vollzeit oder einen Anspruch auf flexible Verteilung der Arbeitszeit. Dagegen sollten Fehlanreize wie das Ehegatten-Splitting oder die abgaberechtliche Privilegierung von Minijobs beseitigt werden. Wichtig sind aus Sicht der Forscher überdies Arbeitszeitoptionen, die sich an den wechselnden Bedürfnissen im Lebenslauf orientieren. ◀

* Quelle: Nadine Absenger u.a.: Arbeitszeiten in Deutschland: Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik, WSI Report, Nr. 19, November 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Alleinerziehende: Häufiger im Beruf, aber nicht seltener arm

Alleinerziehenden aus ihrer häufig prekären wirtschaftlichen Situation zu helfen, hat sich die Politik in vielen Ländern zum Ziel gesetzt. Durchschlagende Erfolge sind bislang jedoch ausgeblieben.

Alleinerziehende sind längst keine exotische Erscheinung mehr. In vielen Ländern stellen sie ein Viertel der Haushalte mit Kindern, schreiben Karen Jaehrling, Thorsten Kalina und Leila Mesaros vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.* Die Wissenschaftler haben untersucht, wie sich die soziale Lage Alleinerziehender – 80 bis 90 Prozent von ihnen sind Frauen – in Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien seit den 1990er-Jahren entwickelt hat. Ihr Fazit: Wie von den Arbeitsmarkt-reformern allerorts gewünscht, gehen sie heute häufiger einer Erwerbsarbeit nach als vor der Jahrtausendwende. Doch die Armutsquoten sind unverändert hoch.

Alleinerziehende waren eine wichtige Zielgruppe „angebotsseitiger“, sogenannter „aktivierender“ Reformen, „die auf eine höhere Erwerbsbeteiligung zur Überwindung von Armutsrisiken setzten“, so die Forscher. Die Reformen hätten zumindest zu einer „gewissen Annäherung“ von „Ländern mit ursprünglich sehr unterschiedlichen Geschlechterregimen“ geführt. Die Forscher machen drei Trends aus:

▶ **Arbeitslos statt erziehungsbedingt erwerbslos.** Sozialleistungen, die darauf ausgerichtet waren, Mütter für ihre Erziehungstätigkeit von einer Erwerbstätigkeit freizustellen, wurden häufig abgeschafft oder bekamen einen anderen Charakter: Nichterwerbstätige Alleinerziehende sind nun Arbeitslose ohne Sonderstatus. In Deutschland war dies ein Nebeneffekt der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

▶ **Mehr Kinderbetreuung.** Länderübergreifend sei ein Prozess der „Skandinavisierung“ zu beobachten, so die IAQ-Wissenschaftler. Im Mittelpunkt der Programme zur besseren Vereinbarkeit von Erziehung und Erwerbsarbeit stehe meist der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung.

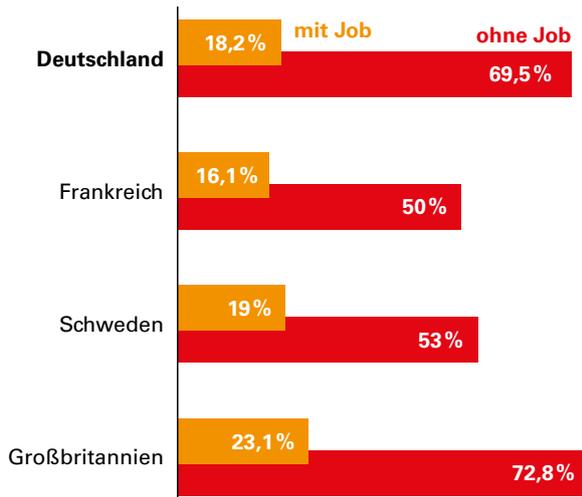
▶ **Kombilohnelemente.** Eingeführt oder ausgeweitet wurden vielerorts Leistungen, die Erwerbstätige mit niedrigen Einkommen besser stellen sollen. Beispiele sind der britische „working tax credit“ oder der deutsche Kinderzuschlag.

Lohn- und Sozialleistungsniveau variieren von Land zu Land allerdings nach wie vor deutlich. 2010 bekamen in Schweden von allen Frauen 3,1 Prozent einen Niedriglohn und in Frankreich 7,9 Prozent. Deutschland und Großbritannien kamen dagegen auf Werte über 25 Prozent. Bei den Leistungen aus dem Mindestsicherungssystem sind die Verhältnisse umgekehrt: In Deutschland und Großbritannien erreichen sie etwa 60 Prozent des mittleren Einkommens, in Schweden und Frankreich nur etwa 50.

Unterschiedlich ist auch die Zahl der Alleinerziehenden, die auf bedürftigkeitsgeprüfte Sozialhilfeleistungen angewiesen sind. Hierzulande bekamen 2008 rund 40 Prozent

Mütter allein arm dran

Das Armutsrisiko* alleinerziehender Mütter betrug 2008 in ...



* Armutschwelle: 60% des mittleren, bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens
Quelle: Jaehrling, Kalina, Mesaros 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Hartz IV. Während die britische Quote ein ähnliches Niveau erreichte, fiel der Anteil in Frankreich und Schweden nur halb so hoch aus. Dafür erhalten dort mehr Alleinerziehende das separate Wohngeld.

Ähnliche Politikansätze bei unterschiedlichen Sozialstrukturen – hat dies in jedem Land zu anderen sozialen Ergebnissen geführt oder gibt es einen gemeinsamen Trend? Um diese Frage zu beantworten, haben Jaehrling, Kalina und Mesaros verschiedene EU-Statistiken herangezogen. Bedingt durch die Datenlage beschränkt sich die Untersuchung auf allein erziehende Frauen. Trotz vieler Differenzen im Detail zeigt sich eine Gemeinsamkeit zwischen den untersuchten Ländern: eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung in den 2000er-Jahren und gleichzeitig eine **Entkoppelung von Erwerbstätigkeit und materieller Sicherheit**. Mehr Arbeit hat zumindest in Deutschland, Frankreich und Schweden nicht zu weniger Armut geführt. Als Untersuchungszeitraum haben die Forscher dabei die Spanne von 2003 bis 2008 gewählt; für frühere Zeiten liegen keine vergleichbaren Daten vor, in späteren Jahren würden die Folgen der Finanzkrise auf die Ergebnisse durchschlagen.

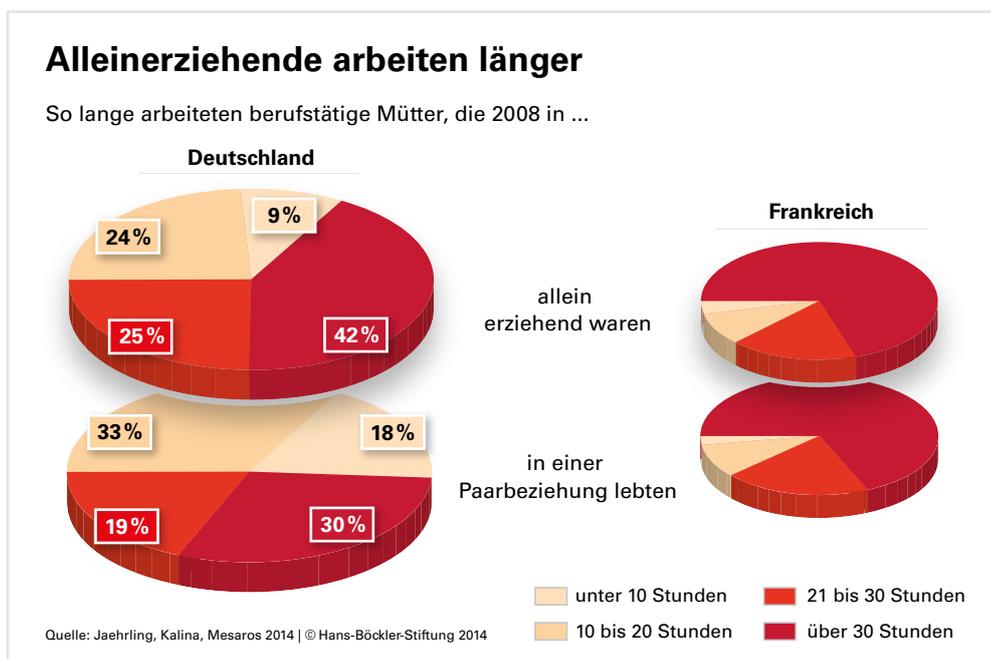
Offenbar werde „der armutsverringende Effekt einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung durch eine Reihe gegenläufiger Effekte neutralisiert“, schreiben die IAQ-Forscher. Die Gründe sehen sie in einem sinkenden Lohnniveau, insbesondere am unteren Rand, sowie knapp bemessenen beziehungsweise reduzierten Sozialleistungen.

Hinzu kommt, dass allein erziehende Mütter ihren „Vorsprung“ auf dem Arbeitsmarkt eingebüßt haben. Während

sie den Wissenschaftlern zufolge in den 1990er-Jahren noch eine „Avantgarde-Rolle“ innehatten, indem sie viel häufiger erwerbstätiger waren als andere Mütter, hat sich die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen inzwischen egalisiert. Das führt zu mehr Doppelverdiener-Haushalten. Das mittlere Einkommen steigt und damit auch die Armutrisikoschwelle. Für Haushalte mit nur einem Verdienst sei es nun umso schwieriger geworden, ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze zu erzielen, insbesondere wenn Kinder zu versorgen sind. Außerdem dürfte bei weiblich dominierten Tätigkeiten die Konkurrenz um Jobs gestiegen sein. Und da sie in besonderem Maße auf Einkommen angewiesen sind, scheinen Alleinerziehende besonders häufig Kompromisse eingehen zu müssen: Sie haben überdurchschnittlich oft befristete Stellen oder aus anderen Gründen unsichere Arbeitsplätze. Ihre „relative Position“ am Arbeitsmarkt sei trotz aller Aktivierungsstrategien also nicht besser geworden, konstatieren Jaehrling, Kalina und Mesaros.

Das sei das „Paradoxon“ dieses Politikansatzes: In „der Vergangenheit erfolgreiche individuelle Armutsvermeidungsstrategien“ funktionieren nicht, ohne den „gewandelten

Kontext“ zu berücksichtigen. Werde nicht direkt bei den Einkommen alleinstehender Mütter und Väter angesetzt, et-



wa „durch adäquatere Kinderregelsätze“, dann werden „die latenten Risiken des Alleinerziehens weiter an Bedeutung gewinnen“.

* Quelle: Karen Jaehrling, Thorsten Kalina und Leila Mesaros: Mehr Arbeit, mehr Armut? Ausmaß und Hintergründe der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und materieller Sicherheit von Alleinerziehenden im Ländervergleich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/2014
 Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

GENDER

Jobvermittlung ist nicht alles

Frauen tun sich nicht schwerer als Männer, wenn es darum geht, einen neuen Job zu finden. Aber sie verlieren ihre Stelle häufiger, wie eine internationale Studie zeigt.

Warum unterscheiden sich die Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen? Diese Frage hat der griechische Ökonom Franciscos Koutentakis anhand von Arbeitsmarktstatistiken aus zehn Ländern für den Zeitraum 1984 bis 2012 untersucht: * Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Norwegen, Portugal, Spanien und USA. Der Wissenschaftler hat für jedes Land und nach Geschlechtern getrennt zwei Indikatoren berechnet. Die „job finding rate“ gibt an, wie häufig arbeitslose Männer oder Frauen wieder eine neue Stelle finden. An der „separation rate“ lässt sich ablesen, wie oft Beschäftigte ihren Job verlieren oder freiwillig aufgeben. Es zeigt sich: In puncto „job finding“ sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht sehr groß. Die „Trennungsrage“ liegt bei den Frauen jedoch meist deutlich höher.

„Frauen sind nicht im Nachteil, wenn es darum geht, eine neue Beschäftigung aufzunehmen, aber ihnen fällt es

schwerer, den Job auch zu behalten“, so der Wissenschaftler. Dies könne nicht mit unterschiedlichen Wachstums- oder Schrumpfungprozessen in Branchen mit hohem Frauenbeziehungsweise Männeranteil erklärt werden. Denn das würde sich auch in der „job finding rate“ niederschlagen. Vielmehr sind es Koutentakis zufolge neben weniger sicheren Beschäftigungsverhältnissen in typischen Frauenbranchen familiäre Verpflichtungen, die Frauen zur Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zwingen. Hier seien mehr flexible Arbeitszeitanrangements nötig, um Frauen die Vereinbarkeit von Job und anderen Aufgaben zu erleichtern.

Dass sich die Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt relativ zur Lage der Männer in vielen Ländern in den vergangenen Jahren verbessert habe, liege im Übrigen einfach daran, dass die jüngste Rezession vor allem Männer getroffen habe – durch heftige Einbrüche in Industrie und Bauwirtschaft.

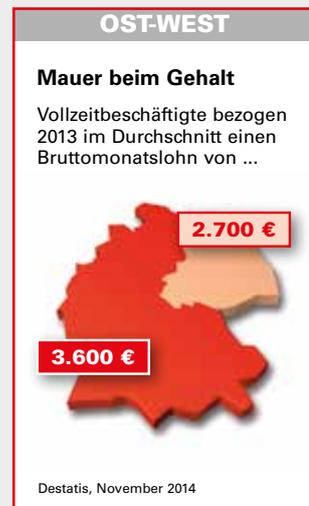
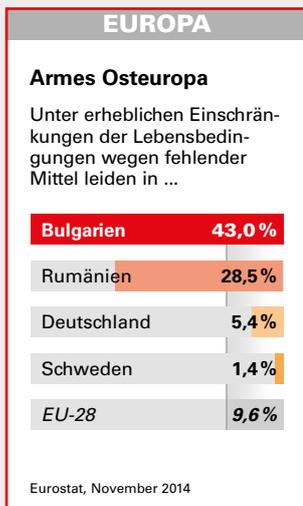
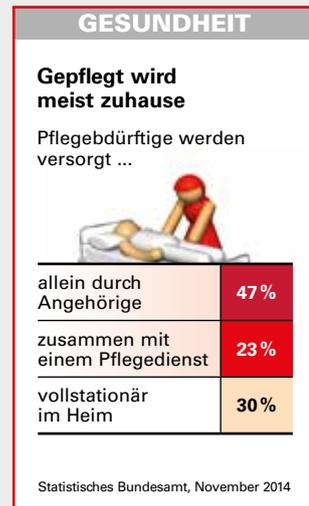
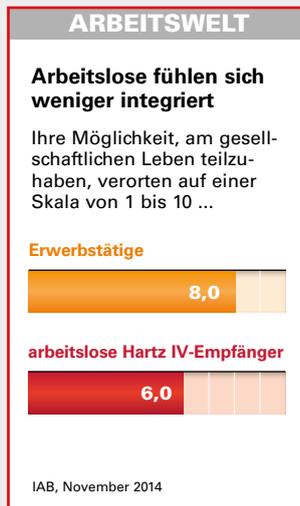
* Quelle: Franciscos Koutentakis: Gender Unemployment Dynamics: Evidence from Ten Advanced Economies, in: Labour, August 2014 (online)
 Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Sören Zieher
E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: 02 11 / 77 78-148, **Fax:** 02 11 / 77 78-207
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **GESUNDHEIT:** Eine gesundheitsförderliche Mitarbeiterführung hat langanhaltende Wirkung auf das Engagement und die psychische Gesundheit der Beschäftigten. Das zeigt eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Die Arbeitszufriedenheit steigt deutlich und Unternehmen könnten die Mitarbeiter an sich binden, um einem

drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Die Analyse beruht auf einem dreijährigen Forschungsprojekt, bei dem Unternehmen in Deutschland, Schweden und Finnland untersucht wurden.

BAuA, November 2014

► **ENERGIE:** In puncto erneuerbare Energien sind Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern die führenden Bundesländer.

Das geht aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) hervor. In Bayern sei die Nutzung von Wasserkraft, Solarenergie und Brennholz am weitesten fortgeschritten, Nachholbedarf gebe es

beim Ausbau der Windkraft. Baden-Württemberg zeichne sich dagegen durch vorbildliche Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren aus, während Mecklenburg-Vorpommern die größten technologie- und wirtschaftspolitischen Erfolge vorweisen könne. Schlusslichter sind Berlin, Nordrhein-Westfalen und das Saarland.

DIW, November 2014

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 18. Dezember

bestellen unter boecklerimpuls.de